

Protest und Demokratie - Politische Soziologie

1. und 2. Studentische Fachtagung der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V.

Bearbeitet von
Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V., Sebastian Kabst, Sören
Ellerbeek

1. Auflage 2013. Taschenbuch. 180 S. Paperback
ISBN 978 3 8495 0388 8
Format (B x L): 14 x 21 cm

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politische Kultur > Politische Soziologie und Psychologie](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



tredition®

www.tredition.de

**Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und
Sozialwissenschaft e.V. (Hg.)**

Protest und Demokratie - Politische Soziologie

**1. und 2. Studentische Fachtagung der Deutschen
Nachwuchsgesellschaft für Politik- und
Sozialwissenschaft**



tredition®

www.tredition.de

© 2013 Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V.

Umschlaggestaltung, Illustration: Sören Ellerbeck | Sebastian Kabst

Verlag: tredition GmbH, Hamburg

ISBN: 978-3-8495-0388-8

Printed in Germany

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Teil I

Julia Kümper und Felix Petersen

Vorwort zur 1. Studentischen Fachtagung „Protest und Demokratie“ 9

Kai Mürlebach

Irritierender Protest 13

Benjamin Möller

„Protest“ ohne Öffentlichkeit? – Zur Möglichkeit demokratischer Transformation jenseits „demokratischer“ Institutionen 27

Felix Petersen

Führt jede Revolution zur Demokratie? Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Protest und gesellschaftlichem Wandel 43

Jasper von Alemann und Jasper Finkeldey

Protestbewegungen im Spiegel des Politischen nach Chantal Mouffe 61

Torben Fischer

Die „Wende“ als Kehrtwende – Christoph Heins literarischer Protest gegen die Essentialisierung von „1989“ 79

Volker Trotte

Per I-Voting zum Parlament – Kann das estnische I-Vote-System in Deutschland angewandt werden? 97

Teil II

Jasmin Fitzpatrick und Mira Hassan

Vorwort zur 2. Studentischen Fachtagung „Politische Soziologie“ 117

Nadja Olloz

Frames und Symbole der Indignad@s in Bilbao 121

Arndt Leininger

The paradox of voting. Can rational choice explain turnout? 141

Alexander Wuttke

Die Prekarität des Partizipationsversprechens der Piratenpartei 157

Die AutorInnen 175

Teil I

1. Studentische Fachtagung „Protest und Demokratie“

12. -13. November 2011 in Osnabrück

Vorwort zur 1. Studentischen Fachtagung „Protest und Demokratie“

Der vorliegende Tagungsband ist das Ergebnis der 1. Studentischen Fachtagung der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V. (DNGPS), die am 12. und 13. November 2011 unter dem Titel Protest und Demokratie an der Universität Osnabrück stattgefunden hat. Das Thema der Tagung wurde vor dem Hintergrund einer „Welle“ neuer Proteste gewählt, um aktuellen gesellschaftlichen Ereignissen gerecht zu werden und auch hier eine „frische“ studentische Perspektive anbieten zu können.

Neben den inhaltlichen Vorträgen wurden im Verlauf der Tagung vor allem die Möglichkeiten, allgemeiner: die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses thematisiert. Zum Auftakt diskutierte bereits am Freitagabend ein Podium aus etablierten Wissenschaftlern, Studenten und Doktoranden die Zukunftsperspektiven für Politik- und Sozialwissenschaftler_innen. Neben der ehemaligen Vizepräsidentin für Forschung und Lehre der Universität Osnabrück, Prof. Dr. Maybritt Kallenrode, waren Franz-Reinhard Habel (Sprecher Deutscher Städte- und Gemeindebund), sowie Christian Huesmann und Jan Knipperts als Vertreter der Promovierenden bzw. Studierendenschaft auf dem Podium. Auch am ersten Tagungstag stand dieses Thema wieder auf der Tagesordnung: Julia Kümper, Vorsitzende der DNGPS, referierte zum Thema wissenschaftlicher Nachwuchs; sie erläuterte in ihrem Vortrag, warum Notwendigkeit besteht, den Begriff wissenschaftlicher Nachwuchs in der deutschen Forschungslandschaft neu zu definieren.

Die gesamte Arbeit und die Fachtagung der DNGPS wurden sowohl von der Deutschen Vereinigung Politische Wissenschaft (DVPW) als auch der Universität Osnabrück unterstützt. Beiden soll an dieser Stelle gedankt werden, denn ohne diese Unterstützung wäre die Tagung kaum realisierbar gewesen.

Als Key-Note Lecturer konnte die DNGPS Prof. Dr. Hubertus Buchstein gewinnen, der mit seinem Vortrag die Fachtagung eröffnete. Der Beitrag ist in diesem Band nicht abgedruckt, da hier die studentischen Arbeiten im Vordergrund stehen. Von den sieben zur Tagung eingeladenen studentischen ReferentInnen finden sich auf den folgenden Seiten sechs ausgewählte Beiträge, die sich dem Thema Protest und Demokratie theoretisch und empirisch widmen. Die Artikel diskutierten einige der aktuellen Protestbewegungen und Protestereignisse (z.B. Occupy-Wallstreet, Arabischer Frühling, Stuttgart21), sowie etablierte Akteure (ATTAC, Anti-AKW-Bewegung) und bereits abgeschlossene Transformationsprozesse (z.B. die Revolution in der ehemaligen DDR und Osteuropa).

Kai Mürlebach bietet mit seinem Beitrag *Irritierender Protest* eine systemtheoretische Perspektive auf Protest an. Er schlägt vor, Protest nicht als ein direktes Mittel des Einflusses auf politische Entscheidungen und Institutionen misszuverstehen – da der Einfluss auf die politische Praxis laut seiner Analyse verhältnismäßig gering ist –, sondern vielmehr als ein Moment der Systemirritation: als eine Unterbrechung gesellschaftlicher Praxis. Diesem Verständnis nach ist Protest ein Mittel der Bürgerschaft auf Regelungsbedarf aufmerksam zu machen, und den im Politischen handelnden Akteuren aufzuzeigen, wo Politiken ansetzen sollen bzw. wie Politiken und Entscheidungen aufgenommen werden könnten.

Auch Benjamin Möller geht in seinem Artikel *„Protest“ ohne Öffentlichkeit? Zur Möglichkeit demokratischer Transformation jenseits „demokratischer“ Institutionen* davon aus, dass der Einfluss politischen Protests auf Gesetzgebung und politische Institutionen begrenzt ist. Daran anschließend argumentiert er für einen Perspektivwechsel in der Bewertung von Protesten. Das heißt explizit: Protest jenseits etablierter Effektivitätskriterien zunächst intern zu analysieren und zu bewerten. Hierbei steht dann nicht die Veränderung der Gesellschaft bzw. der kritisierten Praxis im Vordergrund, sondern vor allem die Veränderung der Subjektivität der Protestierenden. Mit Rückgriff auf Hannah Arendts Theorie des Politischen als eines „Zusammenhandelns“ und James Tullys Kon-

zept des „cooperative citizenship“ illustriert Möller, dass „Mikrodemokratien“, hier wird „Occupy-Wallstreet“ als Beispiel verwendet, obschon sie das Ziel ihres Handelns nicht immer erreichen, einen gewichtigen Beitrag zur Demokratisierung leisten, indem sie durch das Praktizieren einer demokratischen Regierung ihrer Selbst, die Demokratie von der Regierungs- zur Lebensform transformieren.

Felix Petersen richtet den Blick auf das Verhältnis von Protest und gesellschaftlichem Wandel. Programmatischer Anspruch seines Beitrags *Führt jede Revolution zur Demokratie? Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Protest und gesellschaftlichem Wandel* ist die sozialwissenschaftliche Analyse politischen Protests von der Systemfrage zu lösen – es geht also, so die These, nicht um das Verhältnis von Demokratie, als einer bestimmten Herrschaftsform, und Protest – und diesen allgemeiner als ein Mittel zur Einflussflussnahme auf gesellschaftliche Veränderung zu untersuchen. Auch in diesem Artikel wird argumentiert, dass Proteste von expliziten Ergebnissen abstrahiert untersucht werden sollten, da diese grundsätzlich nur den Anfang gesellschaftlichen Wandels darstellen. Nichtsdestotrotz, so folgert der Autor, ist es möglich aus der Beobachtung aktueller Protestbewegungen Kernkategorien abzuleiten, die eine Untersuchung politischen Protestes im Kontext gesellschaftlicher Transformationsprozesse möglich macht.

Jasper von Aleman und Jasper Finkeldey richten in ihrem Text *Protestbewegungen im Spiegel des Politischen nach Chantal Mouffe* die Aufmerksamkeit auf zwei etablierte „Protestbewegungen“, nämlich das Globalisierungskritiker Netzwerk ATTAC und die rechtspopulistische niederländische Partei „Partij voor de Vrijheid“ (PVV). Bei diesem Artikel handelt es sich um den Versuch, mit Rückgriff auf Chantal Mouffes Konzept des Politischen als eines „Kampfes um Hegemonie“ zwei extreme Ausformungen „linken“ und „rechten“ politischen Handelns zu analysieren. Einerseits geht es um die Frage der Operationalisierbarkeit politischer Theorien, d.h. um deren Anwendbarkeit und Erklärungspotenzial im Verstehen politischer Praxis. Andererseits wollen die Autoren durch das

ins Verhältnis setzen theoretischer Begriffe und politischer Praxis bewerten, inwiefern die genannten Protestbewegungen als „gegenhegemoniale Imperative“, also im Sinne Mouffes als „legitime“ Ansprüche auf Herrschaft, verstanden werden können.

Torben Fischer beschäftigt sich in seinem Artikel *Die „Wende“ als Kehrtwende – Christoph Heins literarischer Protest gegen die Essentialisierung von „1989“* mit der literarischen Verarbeitung der deutsch-deutschen Wiedervereinigung im Werk Christoph Heins. Fischer zeigt in seiner Analyse der Parabel „Kein Seeweg nach Indien“, dass Hein die durch Proteste herbeigeführte Transformation vom Staatssozialismus der DDR zum „Anschluss“ an die BRD eher als restaurativen Akt denn als demokratische Revolution versteht. Doch, so zeigt der Autor, ist Hein kein Nostalgiker, der einer „falschen“ Vergangenheit anhängt. Der Sozialismus ist hier kein „End in View“, also nicht eine Praxis die wiedererweckt werden soll, sondern eher ein Korrektiv zur Kritik der Realität; also eine Referenz für die Reformulierbarkeit der Idee einer gerechten Gesellschaft. Hein zeigt, so folgert Torben Fischer, dass Alternativen notwendig und wichtig sind, um die Möglichkeit gesellschaftlichen Wandels nicht auszuschließen.

Volker Trotte diskutiert in seinem Artikel *Per I-Voting zum Parlament – Eine Analyse des estnischen I-Vote-Systems* Rechtsgrundlagen, Funktionsweise und Einführung des digitalen Wahlsystems in Estland. Er weicht damit inhaltlich vom Thema "Protest und Demokratie" ab, erhält aber gleichwohl, wie auf der Studentischen Fachtagung, die Möglichkeit, seine Ergebnisse zu präsentieren.

Osnabrück und Berlin im November 2012

Julia Kümper
(ehem. Vorsitzende der DNGPS)

Felix Petersen
(Beiratsmitglied der DNGPS)

Irritierender Protest

Kai Mürlbach

Einführung

Warum sollte man sich mit dem Thema Protest nur in demokratischen Staaten auseinandersetzen? Scheint es nicht in nicht-demokratischen Staaten viel aktueller zu sein? Gegen die Folgen, die die Proteste im Mittelmeer- und im arabischen Raum zeitigten, verblassen Phänomene wie 'Stuttgart 21' oder die Anti-AKW-Bewegung, die wenig, oder 'nur' den Ausstieg aus der Nutzung einer Technologie, nicht aber aus einem ganzen Herrschaftssystem bewirkten. Und auch in anderen autoritären Staaten hört man immer wieder von Protesten, im scheinbar so erfolgreichen China etwa scheinen sie zuzunehmen und die Reaktionen der dortigen Herrscher zeugen von einer gewissen Nervosität.

In Demokratien dagegen sind Proteste – vorläufig seien in erster Linie Demonstrationen darunter verstanden – so alltäglich, dass nur noch in Ausnahmefällen über sie berichtet wird. Ein Berliner Radiosender etwa bietet seinen Hörern nicht nur einen Veranstaltungskalender, sondern auch einen 'Demokalender', durchgeführte Demonstrationen jedoch kommen in den Nachrichtensendungen kaum vor. Die Folgen in Demokratien wirken also eher überschaubar: Auch die teilnehmerstärksten Demonstrationen scheinen wenige oder kaum direkt beobachtbare politische Veränderungen nach sich zu ziehen. Selbst im Falle der Anti-Atomkraft-Bewegung dürfte es schwer fallen, eine direkte Kausalität zwischen Demonstrationen und Entscheidungen zu ziehen, ohne die Ereignisse von Fukushima zu berücksichtigen. Und trotz der sogenannten 'Hartz 4'-Proteste Anfang der 2000er Jahre war eine Abwendung von den Grundsätzen der 'Agenda 2010' in Teilen der Parteienlandschaft erst mit größerer zeitlicher Verzögerung zu beobachten.

Zum Zeitpunkt, als der diesem Text zu Grunde liegende Vortrag vorbereitet wurde (November 2011), sah es so aus, als ob auch in Demokratien eine Eskalation von Protesten zu beobachten sei (S21, #occupy, 'London riots'). Seit dem ist jedoch nicht mehr viel geschehen: Der Bahnhof in Stuttgart wird gebaut und vergleichbare Eskalationen wie am 'Schwarzen Donnerstag' im September 2010 blieben aus. Die letzten verbliebenen 'Occupy-Camps' werden weltweit geräumt und in London endeten nicht wenige Prozesse gegen Plünderer mit teils drastischen Strafen, die Olympischen Spiele gingen ohne größere Zwischenfälle zu Ende. Von einer Zunahme oder Verschärfung von Protesten in Demokratien ist also eher nicht auszugehen.¹ Wenn also Proteste in Demokratien im Gegensatz zu Protesten in autoritäreren Staaten kaum Folgen zu haben scheinen, so ließe sich die Frage stellen, ob dieser Umstand vielleicht grade etwas damit zu tun hat. Die These ist, dass die Funktion von Protesten nicht darin liegt, direkte Veränderungen zu bewirken, sondern darin, irritierend zu wirken und (potentielle) Probleme sichtbar zu machen, ohne eine Lösung zu präjudizieren.

Bevor diese These behandelt werden kann, ist jedoch erst darzulegen, was hier unter 'Demokratie' verstanden werden soll. In der Folge wird darauf einzugehen sein, inwiefern das Konzept heute – auch aus demokratischen Staaten heraus – kritisiert wird. Im Anschluss daran wird sich dem Konzept 'Protest' zu widmen sein: Warum wird protestiert, wie wird protestiert, wer protestiert? Die Beantwortung der Frage nach der Definition von Protest verdeutlicht, dass eine Klärung der vorangegangenen drei Punkte nicht notwendig dazu führt, das Phänomen besser zu verstehen. Stattdessen ist zu betrachten, *was* Protest bewirkt, und zwar unabhängig davon, *was* er bewirken *soll*. Schließlich ist zu fragen, welche Folgen die Einführung von 'ein klein wenig Diktatur' haben könnte

¹ Aktuellste Entwicklungen vor allem in Südeuropa können noch nicht berücksichtigt werden; ob sie eine Politikwende auslösen können bleibt abzuwarten. Vor dem Hintergrund der hier vertretenen These scheint Skepsis angebracht.

- einen Wunsch, den Münkler auch heute wieder zu beobachten meint (Münkler 2010: 11).

Demokratie

Definition

Wenn hier von Demokratie gesprochen wird, soll – ganz ‘funktional’ – an ‘funktionierende’ Demokratien gedacht werden. Nicht auf konstitutionelle Grundlagen oder Selbstbeschreibungen kommt es an: Die schlimmsten Diktaturen nannten und nennen sich selbst demokratisch und in zu vielen Verfassungen sind demokratische Grundsätze verankert, ohne dass dies Folgen hätte. Es lässt sich vermuten, dass die Selbstbeschreibung als Demokratie heute insofern ‘dazugehört’, als dass ihre explizite Ablehnung ein Regime erhöhtem (externen) Widerspruch aussetzt (Meyer et al. 1997: 160). Eine zumindest ‘rhetorische’ Demokratie scheint mithin ‘sicherer’ zu sein, ‘gelenkt’ werden kann sie ja immer noch.

Abseits von Rhetorik sollen vier konkrete Kriterien auf das Vorhandensein eines demokratischen Staates hindeuten.² Als erster Indikator kann die Mitgliedschaft eines Staates in der OECD gelten; keiner der dort vertretenen Staaten scheint mit existenziellen Bedrohungen konfrontiert. OECD-Staaten zeichnen sich zudem in der Regel durch eine Geschichte reibungsloser Machtwechsel in Folge (freier) Wahlen aus, wie auch dadurch, dass ein radikaler Wechsel der Regierungsform in nächster Zukunft kaum denkbar scheint. Weitere Anhaltspunkte bieten das Vorhandensein und die Einklagbarkeit (womit eine funktionierende Gewaltenteilung vorausgesetzt ist) grundlegender Menschen- und Bürgerrechte (e.g. freie, geheime und gleiche Wahl, Recht auf Eigentum, Meinungs-, Versammlungs-, Religionsfreiheit, etc.).

² Für eine ähnliche Konzeption von Demokratie und Verweise auf stärker empirische Definitionen (Tilly 2007: 1ff).

Aktuelle Demokratiekritik

Auch in 'funktionierenden' Staaten, die die genannten vier Kriterien (geglückte Machtwechsel, keine existentielle Bedrohung, Grundrechte, Gewaltenteilung) erfüllen, sieht sich die Demokratie als Staatsform jedoch heute Kritik ausgesetzt. Viele der Punkte sind alt und scheinen doch aktuell: Wie soll damit umgegangen werden, wenn in freien Wahlen 'falsche' Parteien gewählt werden? In vielen europäischen Staaten fahren populistische Parteien hohe Ergebnisse ein, in schwachen, sich konstituierenden Demokratien werden teils Parteien gewählt, die das System an sich abschaffen wollen. Allerdings perfektionieren populistische Parteien nur, was auf anderer Ebene allen Parteien vorgeworfen wird: Die Orientierung am Wähler. Populisten sagten nur, was 'alle' dächten, aber auch etablierte Parteien neigten dazu, kontroverse Themen nicht anzusprechen und dem Wahlvolk objektiv unhaltbare Versprechen zu machen, während die 'eentlichen' (und unpopulären) Probleme brach lägen. Mit der Orientierung am Wähler ginge eine gewisse 'Kurzichtigkeit' einher: Interessant seien jeweils nur die nächsten Wahlen. Damit werde der Zeithorizont auf die aktuelle Wahlperiode beschränkt und mehr Zeit benötigende Problemlösungsansätze würden ignoriert, weil sie in der nächsten Legislaturperiode nicht fortgeführt werden können – sei es wegen eines Machtwechsels oder in Folge des Diskontinuitätsprinzips. Mit dieser kurzfristigen Orientierung einher gehe eine Tendenz zu faulen Kompromissen. Sowohl innerhalb der Regierungsfraktion als auch – im Falle benötigter breiter Mehrheiten – zwischen Regierung und Opposition. Als aktuelle Beispiele in Deutschland können etwa die Zustimmung der SPD zum Fiskalpakt unter der Bedingung, dass dafür eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werde, oder die Debatte um das Betreuungsgeld, in der die Zustimmung der einen Fraktion zu diesem Vorhaben durch die Zustimmung der anderen zu anderen Vorhaben erkaufte werden soll, gelten. Der Vorwurf ist also, dass statt 'gute' (weil objektiv richtige Gesetze) zu verabschieden, ein Kuhhandel stattfinde und danach gleich zwei 'schlechte' Regelungen eingeführt würden. In Wahlkampfzeiten, so

die Kritik, käme es dann nicht einmal mehr zu diesen 'faulen' Kompromissen, da die Parteien durch die notwendige Organisationsarbeit und den Zwang, sich vom politischen Gegner abzusetzen – und entsprechend wenig Kompromissbereit zu sein – alle produktive Arbeit unmöglich mache. Einige weitere Kritikpunkte seien hier nur angedeutet, da sie im großen und ganzen in die gleiche Richtung weisen: Einfluss von Parteien und Lobbyisten; Schwerfälligkeit und entsprechend Langsamkeit sowie (unterstellte) Intransparenz der Entscheidungsprozesse; Neigung von Politikern, klare Aussagen zu vermeiden; Mängel in der Auswahl des politischen Personals; Gewaltenteilung als Hindernis ('Karlsruhe vs Berlin'); Klagepotential unterschiedlicher Gruppierungen ('Mopsfledermaus', 'Juchtenkäfer').

Mit diesem letzten Punkt lässt sich der Bogen zum Thema Protest spannen: Sind die meisten Kritiken gängig und werden als Vorurteile in unterschiedlichsten Kontexten bemüht, so schaffen es Klagen von Interessengruppen wegen ihres Neuigkeits- und Unterhaltungswertes eher in die Medien. Auch werden sie oftmals aus Protestbewegungen heraus angestrengt. Was ist nun aber allgemein unter 'Protest' zu verstehen?

Protest

Ziele – Mittel – Akteure?

Das Thema 'Protest' wirft eine ganze Reihe an Fragen auf: Wogegen wird protestiert? Wie wird protestiert? Wer protestiert? Festzuhalten ist, dass selten 'für' etwas protestiert wird. Zumeist mobilisiert vor allem 'gegen' etwas zu sein dazu, auf die Straße zu gehen. Sind es doch einmal positiv formulierte Forderungen, wird häufig schnell klar, gegen was sie sich richten: Wer *für* Frieden demonstriert engagiert sich *gegen* Krieg; *für* eine gerechtere Weltwirtschaft, *gegen* die bestehende, offenbar als ungerecht empfundene Weltwirtschaftsordnung. In anderen Fällen wirken 'Pro'-Demonstrationen schnell peinlich – man denke etwa an die Solida-

ritätsbekundungen im Falle zu Guttenbergs – oder es fällt ihnen schwer, ein ähnliches Mobilisierungspotential wie ‘Dagegen’-Demonstrationen zu erreichen, wie bei S21-Unterstützern in Stuttgart zu beobachten war. In Teilen mag dies sicherlich damit zusammenhängen, dass Unterstützungsdemonstrationen aus autoritären Staaten bekannt sind und dort meist offensichtlich von staatlicher Seite – nicht selten mit Zwang – organisiert werden. Entsprechend leidet die Glaubwürdigkeit solcher Veranstaltungen allgemein. Als Beispiele für weitere Protestthemen können – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – benannt werden: Bildung (Bildungsstreik), Stromerzeugung (Atomkraft, Solarenergie, Windkraft, Bioenergie, etc., Hollersen 2010), Infrastrukturprojekte (Autobahnen/Straßen, Hochspannungsleitungen, Pipelines, etc.), Freiheit (...statt Angst), Demokratie, Religion. Diese Aufzählung soll bei aller offensichtlichen Unvollständigkeit nur eines verdeutlichen: Bei der Definition, was Protest ausmacht, ist die Aufzählung von Protestthemen wenig hilfreich.

Ähnliches lässt sich auch für den Versuch sagen, Protest an Hand der verwendeten Protestmittel zu definieren: Eine offensichtliche Protestform ist die bisher schon vorausgesetzte Demonstration. Diese sind in Demokratien fast täglich beobachtbar und bleiben dennoch häufig scheinbar folgenarm. Sie treten in verschiedenen Ausprägungen auf, können friedlich bleiben, in (Sitz-)Blockaden münden, zu Straftaten aufrufen (‘Schottern’), etc. Ebenso vor allem in Demokratien anzutreffen ist der Protest ‘in der Wahlkabine’, wenn etwa populistische, gerne durch ein vorangestelltes ‘Protest’-(ab-)qualifizierte Parteien gewählt werden, oder auch dadurch, der Wahl ganz fernzubleiben bzw. absichtlich ungültig zu wählen. Aber auch im Alltag kann jederzeit ‘protestiert’ werden: Sei es durch Kleidung, das Aussehen, das Tragen von Buttons oder durch bestimmte Verhaltensweisen. Mit letzterem Punkt wird allerdings deutlich, wie schwammig eine solche Definition wird. So mag das Zelten auf öffentlichen Plätzen, wie etwa im Rahmen der ‘farbigen’ Revolutionen in Osteuropa, oder durch die ‘Occupy’-Bewegung, als Protest erkennbar sein, aber ist beispielsweise Plündern (wie in

England im August 2011) Protest? Wie steht es allgemein mit der Anwendung von Gewalt? Kommuniziert man damit, dass einem das Thema des Protests so wichtig ist, dass man bereit ist die Konsequenzen zu tragen? Oder wird man dadurch zum unpolitischen 'Chaoten', zum 'erlebnisorientierten Jugendlichen', mit dessen Forderungen man sich nicht mehr ernsthaft auseinanderzusetzen braucht? Die besondere Problematik wird auch in autoritären Regimen deutlich: In Weissrussland etwa wurde 2011 im Zuge einer Repressionswelle das Demonstrationsrecht eingeschränkt. Die weiterhin Protestwilligen verlegten sich darauf, bei offiziellen Veranstaltungen übermäßig zu klatschen, was in der Folge ebenfalls verboten wurde. Zuletzt wurde selbst öffentliches Schweigen und Spaziergehen unter Strafe gestellt, denn es konnte nicht mehr unterschieden werden, wer 'wirklich' nur spazieren geht und wer dadurch Protest ausdrücken will.

Als eine letzte Möglichkeit der Unterscheidung könnte sich die Frage anbieten, wer protestiert. Allerdings kann hier schon eine Aufzählung einzelner Stichworte offensichtlich machen, dass die Begriffe häufig politisch auf- oder abwertend gemeint sind und sich nicht für eine objektive Definition eignen: 'Wutbürger', 'Krawallmacher', 'Indignados', gewerkschaftlich / parteilich Organisierte, 'erlebnisorientierte Jugendliche', 'Links-' bzw. 'Rechtsradikale', Demokraten, Oppositionelle, 'Berufsprotestierer', (gerne auch 'radikale') Umweltschützer, 'Besitzstandswahrer', etc.

An dieser Beschreibung dreier möglicher Ansatzpunkte, Protest zu definieren, ist vor allem deutlich geworden: Die Fragen, *warum* und *wie* protestiert wird und *wer* protestiert sind beobachterabhängig und damit ungeeignet, bei der Definition von Protest zu helfen. Die Beantwortung dieser Fragen führt nur zu weiteren Fragen und zu Abgrenzungsproblemen. Stattdessen gilt es zu betrachten, welche Funktion Protest erfüllen könnte.

Funktion

Eine Möglichkeit, Protest in dieser Weise zu definieren, stammt von Christoph Virgl. Ihm zufolge ist Protest als „eine ganz normale

Kommunikation“ zu verstehen, „die das Nein überprivilegiert, aber dennoch gesellschaftlich wirksam ist.“ (Virgl 2011: 16) Damit werden die Fragen nach dem ‘warum’, dem ‘wie’ und dem ‘wer’ unerheblich, man kann sich darauf konzentrieren, welche gesellschaftlichen Folgen Protest zeitigt und sich daraus an eine Definition des Begriffs annähern. Einzige Voraussetzung ist, dass etwas existiert, gegen das protestiert, also ‘Nein!’ gesagt werden kann. Dabei wird es sich in in der Regel um eine politische Entscheidung handeln, denn das politische System ist – so es unangefochten über das Gewaltmonopol verfügt – die einzige Instanz, die kollektiv verbindliche Entscheidungen treffen kann.³ Jeder Protest richtet sich also (auch) gegen die Politik, die nichts unternimmt (etwa regulativ eingreift).

Um sich der Bedeutung, die Protest in Demokratien einnimmt, bewusst zu werden, soll im folgenden ein Blick auf autokratische Staaten und ihren Umgang mit Widerspruch geworfen werden. Zuvor sind allerdings zwei Abgrenzungen zu treffen: Protest ist nicht mit Opposition gleichzusetzen und die häufig getroffene Unterscheidung von Protest und Partizipation ist nicht zielführend.

Auf den ersten Blick mag der Unterschied zwischen Opposition und Protest klein wirken, scheinen sich doch beide dadurch auszuzeichnen, dass sie in der Regel auf Entscheidungen der Regierung mit der Kommunikation eines ‘Nein’ reagieren. Hier ist allerdings zwischen dem allgemeinen Oppositionsbegriff und der Opposition in demokratischen Staaten zu unterscheiden: In demokratischen Staaten – die wie oben definiert u.a. über eine Geschichte reibungsloser Machtwechsel verfügen – sind mit Opposition organisierte politische Parteien gemeint, die aktuell keine Regierungsfunktionen übernehmen, dies aber könnten. In nicht- oder schwach demokratischen Staaten dagegen fällt darunter zumeist jede als politisch einordnbare Gruppierung, die sich gegen die Regierung stellt. In diesen Staaten ist die politische Leitunterscheidung in der Regel

³ Zu beachten ist hier, dass in der modernen Gesellschaft auch Nichtentscheiden eine Entscheidung ist (Luhmann 2003: 37).